



09.05.2007

adidas: Rekordgewinne und krebskranke NäherInnen ohne Gesundheitsversorgung

Fürth - Trotz Rekordgewinne verweigert adidas die Unterstützung entlassener Gewerkschafterinnen, die Jahre lang für den Konzern nähten. Bei sieben Frauen wurde nun Unterleibskrebs diagnostiziert. Geld für die Behandlung haben sie nicht. Die Kampagne für 'Saubere' Kleidung (Clean Clothes Campaign/CCC) kritisiert die "verlogene Sozialpolitik" des Konzerns anlässlich der diesjährigen Hauptversammlung der adidas AG.

"Die CSR-Politik von adidas ist verlogen", so Maik Pflaum von der Christlichen Initiative Romero (CIR). "Obwohl adidas in seinem Kodex Gewerkschaftsfreiheit und Sozialleistungen zusichert, stehen die Hermosa-GewerkschafterInnen seit zwei Jahren auf der Straße. adidas ist nicht bereit, in einen Nothilfefonds einzuzahlen. Nicht einmal für die sieben Frauen mit Unterleibskrebs, die ohne medizinische Versorgung da stehen."

Die CCC informierte adidas seit dem Jahr 2000 über die Missstände bei dem salvadorianischen adidas-Zulieferer Hermosa. Doch die Situation der NäherInnen verbesserte sich nicht. Auch nach der Fabrikschließung nahm adidas seine Verantwortung für die ArbeiterInnen, die Jahre lang für den Konzern genäht hatten, nicht wahr. Noch immer stehen die GewerkschafterInnen auf "schwarzen Listen", die verhindern, dass sie in anderen Fabriken eine Anstellung finden. Zugang zu ausreichender Gesundheitsversorgung haben sie nicht. Über Jahre waren ihre Sozial- und Rentenabgaben veruntreut worden. Die Summe beläuft sich auf viele Hunderttausende Euro. Auch die ausstehenden Löhne und Entschädigungszahlungen haben sie nie erhalten.

"adidas feiert einen Rekordgewinn von annähernd einer halben Milliarde Euro. In Anbetracht der Notlage der ehemaligen adidas-NäherInnen und der Weigerung von adidas, in einen Nothilfefonds einzuzahlen, nenne ich dies unmoralisch", so Pflaum. Die CCC wird die adidas-Aktionäre bei der Hauptversammlung der adidas AG am 10. Mai in Fürth auffordern, den Vorstand und den Aufsichtsrat so lange nicht zu entlasten, bis der "Hermosa-Skandal" ausgeräumt ist.